

Zusammenfassung

Die Kosten für die Förderung erneuerbarer Energien werden in Deutschland gemäß dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) über eine Umlage auf die Stromverbraucher verteilt. Stromintensive Betriebe können hiervon entlastet werden, wenn sie die strikten quantitativen und qualitativen Anforderungen an die Besondere Ausgleichsregelung des EEG erfüllen. Ziel der Regelung ist es, Unternehmen mit einer prozessbedingt hohen Stromintensität vor dem Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit gegenüber konkurrierenden Standorten im inner- und außereuropäischen Ausland zu schützen. In letzter Zeit wird über die Höhe und Verteilung der Kosten des EEG kontrovers diskutiert. Neben der Förderung erneuerbarer Energien sind dabei auch die Entlastungen stromintensiver Betriebe in die Kritik geraten.

Mit der vorliegenden Studie des EEFA-Forschungsinstituts GmbH & Co. KG, Münster wird die internationale Wettbewerbssituation der deutschen Zementindustrie in diesem Kontext empirisch untersucht. Im Mittelpunkt der Analyse stehen dabei die Stromkostenintensität der Zementherstellung, die Exposition der Zementunternehmen im internationalen, d.h. im außer- und innereuropäischen Wettbewerb sowie die Bedeutung der EEG-Entlastungen für den Erhalt der Zementproduktion und Beschäftigung am Standort Deutschland. Letzteres wird u.a. anhand der zu erwartenden Auswirkungen einer potenziellen Stromkostensteigerung auf die Branche und die deutsche Volkswirtschaft insgesamt bewertet.

Zementherstellung als strom- und brennstoffintensiver Prozess

Die damalige rot-grüne Bundesregierung hat die Besondere Ausgleichsregelung des EEG bereits im Jahr 2003 eingeführt, um wettbewerbsfähige Produktionskosten für stromintensive Betriebe in Deutschland zu gewährleisten. Unternehmen der Zementindustrie haben die strikten Kriterien der Regelung bereits von Beginn an erfüllt. Für sie ist die Entlastung aus ökonomischen und beschäftigungspolitischen Gründen heute mehr denn je unverzichtbar.

Die Herstellung von Zement zählt mit einem Energiekostenanteil (Brennstoffe, elektrischer Strom) an der Bruttowertschöpfung von mehr als 52% (2011) zu den besonders energie- und



stromintensiven Produktionsverfahren des Verarbeitenden Gewerbes. Allein der Stromkostenanteil (unter Berücksichtigung aller derzeitigen Entlastungen) beläuft sich auf rund 25%. Mit ca. 250 Mio. € pro Jahr stellt der Produktionsfaktor Strom für die deutsche Zementindustrie daher bereits heute einen äußerst signifikanten Kostenfaktor dar. Ohne die Entlastung durch die Besondere Ausgleichsregelung würden sich die Stromkosten der Branche jährlich um zusätzlich rund 220 Mio. € (2014) erhöhen und diese damit annähernd verdoppeln. Umgerechnet auf die Beschäftigten in der Zementindustrie entspräche dies über 30.000 € je Arbeitsplatz, bezogen auf die Produktionsmitarbeiter sogar mehr als 45.000 € je Arbeitsplatz und Jahr.

Deutsche Zementindustrie steht im intensiven internationalen Wettbewerb

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen, dass die Zementhersteller in Deutschland sowohl über die Ausfuhren als auch über die Importe von Zement direkt im internationalen Wettbewerb stehen. Im Jahr 2012 wurden 1,2 Mio. t Zement nach Deutschland eingeführt und knapp 6,8 Mio. t Zement an Abnehmer im Ausland geliefert. Die (wertbasierte) Handelsintensität der deutschen Zementindustrie lag dementsprechend im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 bei rund 30%. Der Außenhandel mit Zement konzentriert sich dabei in hohem Maße auf Auslandsmärkte innerhalb der EU. Ursächlich hierfür sind in erster Linie die – zumindest in Bezug auf den Transport per Lkw – im Verhältnis zum Produktpreis vergleichsweise hohen Transportkosten. Vor allem auf dem Schiffsweg wird Zement angesichts niedriger Frachtkosten auch über deutlich längere Distanzen (u.a. interkontinental) transportiert. So lässt sich erklären, dass in letzter Zeit auch verstärkt Importe des Zwischenprodukts Zementklinker aus Drittstaaten in den europäischen Markt eingeführt werden. Auch diese Importe erhöhen mittelbar über das innerhalb der EU veredelte Endprodukt Zement den Wettbewerbsdruck auf deutsche Zementhersteller.

Vor diesem Hintergrund sind besonders Zementwerke, die in Grenz- oder Küstennähe zu europäischen Nachbarländern liegen bzw. einen direkten Anschluss an Binnenhäfen aufweisen, dem ausländischen Wettbewerb direkt ausgesetzt. Für diese Produktionsstandorte ist es nicht möglich, höhere Stromkosten, die durch einen Wegfall der Entlastungsregelungen des EEG entstehen würden, an ihre Kunden weiterzugeben. Überschlägig gerechnet würden die zu erwartenden Strompreissteigerungen vor allem in den Grenzregionen hierzulande rund 57% der deutschen Zementproduktion (ca. 19 Mio. t) in ihrer Wettbewerbsfähigkeit direkt bedrohen und eine unmittelbare oder mittelfristige Betriebseinstellung nach sich ziehen.

Über 20.000 Arbeitsplätze bei Wegfall der EEG-Entlastungen bedroht

Ein Einbruch der Zementproduktion in dieser Größenordnung hätte nicht nur erhebliche regionalwirtschaftliche Nachteile im Hinblick auf Wertschöpfung und Beschäftigung. Unter Berücksichtigung von Multiplikatoreffekten würde durch diesen „Stromkostenschock“ (volle EEG-Umlage) ein gesamtwirtschaftlicher Schaden in Höhe von etwa 2,6 Mrd. € pro Jahr ausgelöst. Die Verringerung der Produktion bliebe selbstverständlich auch nicht ohne Folgen für den Arbeitsmarkt. Insgesamt könnten durch die Stilllegung der Zementproduktion in Höhe von 57% am Standort Deutschland über 20.000 zum Teil hochqualifizierte Arbeitsplätze verloren gehen (darunter 4.200 direkt in der Zementindustrie, 14.000 indirekt in vor- und nachgelagerten Sektoren und 3.200 durch einkommensinduzierte Effekte).

Zusammenfassend zeigt die vorliegende Studie, dass die deutsche Zementindustrie im intensiven internationalen, d.h. im außer- und innereuropäischen Wettbewerb steht und die EEG-Entlastungen für den Erhalt der stromintensiven Zementproduktion und Beschäftigung am Standort Deutschland unverzichtbar sind. Ein Wegfall der Besonderen Ausgleichsregelung würde sich dabei nicht nur negativ auf die Produktionsstandorte der Zementunternehmen auswirken, vielmehr wäre in diesem Fall mit signifikanten gesamtwirtschaftlichen Produktions- und Beschäftigungsverlusten zu rechnen.